

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Bargeldauszahlungen an Asylbewerber schnellstmöglich vermeiden

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

1. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern begrüßt ausdrücklich den Beschluss des Kreistages Vorpommern-Greifswald, ein Bezahlkartensystem für Leistungen an Asylbewerber einzuführen.
2. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern teilt die Skepsis des Kreistages Vorpommern-Greifswald hinsichtlich der angekündigten deutschlandweiten Einführung eines solchen Systems. Die Skepsis fußt auf der Tatsache, dass der Bund gerade beim Themenkomplex „Migration“ regelmäßig etwas beschließt, anschließend aber nicht umsetzt, bzw. erst sehr spät zu dann vielfach praxisfernen Lösungen gelangt.
3. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ermuntert die Landkreise und Kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern, ein Bezahlkartensystem nach dem Vorbild Vorpommern-Greifswalds einzuführen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Bemühungen zur Einführung einer Bezahlkarte auf Kreisebene nach Kräften zu unterstützen, indem sie zum einen eine werbende und koordinierende Rolle einnimmt und sich zum anderen an den Entwicklungs- und Installationskosten beteiligt. Da eine landesweit einheitliche, optimierte digitale Lösung, die Erfahrungen aus Projekten der Vergangenheit und Pilotprojekten in anderen Bundesländern berücksichtigt, der Verbesserung der Verwaltungseffizienz dient, könnten hierfür beispielsweise Verstärkungsmittel aus Titel 1108 542.01 genutzt werden.
5. Da im Landkreis Greiz (Thüringen) bereits seit 1. Dezember 2023 ein Bezahlkartensystem existiert, geht der Landtag davon aus, dass die Einführung eines solchen Systems in Mecklenburg-Vorpommern flächendeckend bis spätestens Ende März zu realisieren ist.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Bund und Länder haben sich auf die Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber geeinigt. Anstatt Bargeld sollen Asylbewerber eine Karte mit einem Guthaben für Einkäufe und Dienstleistungen erhalten. Damit soll vermieden werden, dass Asylbewerber das Geld, das für ihren Lebensunterhalt in Deutschland vorgesehen ist, in ihre Heimatländer schicken können. Auf diese Weise soll der Anreiz sinken, lediglich aus wirtschaftlichen Gründen und mit dem Ziel, die Familie im Heimatland finanziell zu unterstützen, nach Deutschland zu kommen. Der Thüringische Landkreis Greiz führte eine solche Karte schon zum 1.12.2023 ein; dort sollen ab dem 1.1.2024 alle Asylbewerber die Bezahlkarte erhalten. Laut Bayrischem Rundfunk wird Bayern als eines der ersten Bundesländer eine Bezahlkarte im Frühjahr 2024 einführen.